



**LUDWIG
ERHARD FORUM**
FÜR WIRTSCHAFT
UND GESELLSCHAFT

LEF  **POLICY PAPERS**

#10

April 2026



Eskalation im Nahen Osten: Auswirkungen auf Europa – und was (nicht) zu tun ist

Veronika Grimm, Justus Haucap, Stefan Kolev und Volker Wieland

Kurzgutachten des wissenschaftlichen Beraterkreises für evidenzbasierte
Wirtschaftspolitik der Bundesministerin für Wirtschaft und Energie



Eskalation im Nahen Osten: Auswirkungen auf Europa – und was (nicht) zu tun ist

Veronika Grimm, Justus Haucap, Stefan Kolev, Volker Wieland

Kurzgutachten des wissenschaftlichen Beraterkreises für evidenzbasierte Wirtschaftspolitik
der Bundesministerin für Wirtschaft und Energie

13. März 2026

Mitglieder des Beraterkreises:

Prof. Dr. Veronika Grimm, Technische Universität Nürnberg (UTN)

Prof. Dr. Justus Haucap, Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf

Prof. Dr. Stefan Kolev, Ludwig-Erhard-Forum für Wirtschaft und Gesellschaft

Prof. Volker Wieland, Ph.D., Goethe-Universität Frankfurt

Danksagungen

Die Autoren danken Nima Farhang-Damghani, Leonard Gregor, Henrik Hegemann, Lukas Lang, Kiana Niazmand, Dr. Christian Sölch, Pylyp Udovenko und Maximilian Vilt für die hervorragende Unterstützung bei der Erstellung der Studie.

Für etwaige Ungenauigkeiten oder Versäumnisse sind ausschließlich die Autoren verantwortlich.

Inhalt

1. Einleitung.....	3
2. Kurzfristige Auswirkungen.....	3
2.1 Öl- und Gaspreise.....	3
2.2 Auswirkungen in Asien.....	9
2.3 Strompreise.....	10
2.4 Gasspeicher.....	11
2.5 Auswirkungen auf Lieferketten.....	13
2.6 Düngemittelkosten und Lebensmittelpreise.....	14
2.7 Inflationsrisiken.....	15
2.8 Wasser.....	17
2.9 Investitionen in Datacenter.....	17
2.10 Auswirkungen auf den Ukraine-Krieg.....	17
3. Reaktion auf die Krise.....	18
3.1 Maßnahmen vorbereiten.....	18
3.1.1 Benzin- und Dieselpreise.....	18
3.1.2 Gasspeicherung.....	19
3.1.3 Gasförderung.....	20
3.1.4 Gasbeschaffung.....	20
3.1.5 Den Emissionshandel nicht schwächen.....	21
3.2 Fiskalische Spielräume verantwortungsvoll nutzen.....	21
3.3 Internationale Auswirkungen der Krisenmaßnahmen bedenken.....	22
3.4 Herausforderungen für die Geldpolitik beachten.....	23
3.5 Wachstumsagenda konsequent verfolgen.....	23
3.6 Rüstungsproduktion an die aktuelle sicherheitspolitische Lage anpassen.....	23
4. Langfristige Auswirkungen.....	24
Referenzen.....	26

1. Einleitung

Israel und die USA greifen seit dem 28. Februar 2026 gemeinsam Ziele im Iran an. Iran wiederum reagiert seither nicht nur mit Angriffen auf Israel und US-Stützpunkte in der Region, sondern auch generell auf die arabischen Golfstaaten – hier insbesondere Öl- und Gasanlagen sowie Entsalzungsanlagen – und den Schiffsverkehr. Dieser Krieg hat nicht nur politische Implikationen, sondern potenziell auch weitreichende ökonomische Folgen für Deutschland und Europa. Das vorliegende Papier gibt einen Überblick über mögliche kurzfristige ökonomische Auswirkungen des Krieges auf Deutschland und ordnet verschiedene Maßnahmen ein, die als Reaktion auf wirtschaftliche Herausforderungen bereits diskutiert werden oder in die Diskussion kommen könnten. Dabei wird einerseits darauf eingegangen, ob die entsprechenden Maßnahmen Auswirkungen des Krieges wirksam und zielgenau adressieren können. Andererseits wird eingednet, ob die Maßnahmen langfristig unerwünschte Nebenwirkungen haben könnten. Außerdem werden einige langfristige Chancen und Risiken der aktuellen Entwicklungen diskutiert.

2. Kurzfristige Auswirkungen

2.1 Öl- und Gaspreise

Kurzfristige wirtschaftliche Auswirkungen sind vor allem über die Energiemärkte zu erwarten. Etwa 20 Prozent des weltweiten Ölverbrauchs passiert die Straße von Hormus.¹ Darüber hinaus passiert etwa ein Fünftel des weltweiten Handels mit Flüssigerdgas (LNG) die Straße von Hormus – überwiegend aus Katar. Bereits geringe Risiken für diese zentrale Transportroute können deutliche Preisreaktionen auslösen. Die wichtigsten Produzenten am Golf haben begrenzte Speicherkapazitäten, sodass einige bereits jetzt die Förderung deutlich reduzieren mussten,² oder sogar einen Ausfall von Förderanlagen oder Raffinerien aufgrund des Krieges,³ was die verfügbaren Mengen ebenfalls reduziert.

84 Prozent des Rohöls und Kondensats sowie 83 Prozent des Flüssigerdgases (LNG), die 2024 durch die Straße von Hormus transportiert wurden, gingen in asiatische Märkte.⁴ Die wichtigsten Bestimmungsländer für Rohöltransporte durch die Straße von Hormus nach Asien waren China, Indien, Japan und Südkorea. Zusammen entfielen auf sie etwa 70 Prozent aller Rohöl- und Kondensatströme durch die Straße von Hormus im Jahr 2025.⁵ Diese Märkte wären daher voraussichtlich am stärksten von möglichen Lieferunterbrechungen in der Straße von Hormus

1 <https://www.spglobal.com/energy/en/news-research/latest-news/crude-oil/030326-factbox-oil-prices-surge-as-energy-facilities-hit-in-middle-east-war>.

<https://www.eia.gov/todayinenergy/detail.php?id=65504#:~:text=We%20estimate%20that%2084%25%20of%20the%20crude,most%20affected%20by%20supply%20disruptions%20at%20Hormuz>.

2 <https://www.worldoil.com/news/2026/3/4/producers-face-storage-crunch-as-hormuz-shutdown-traps-middle-east-crude>.

<https://www.reuters.com/business/energy/kuwait-cuts-oil-production-precaution-amid-iran-tensions-kpc-says-2026-03-07>.

<https://www.reuters.com/business/energy/qatar-shuts-gas-liquefaction-will-take-weeks-restart-sources-say-2026-03-04>.

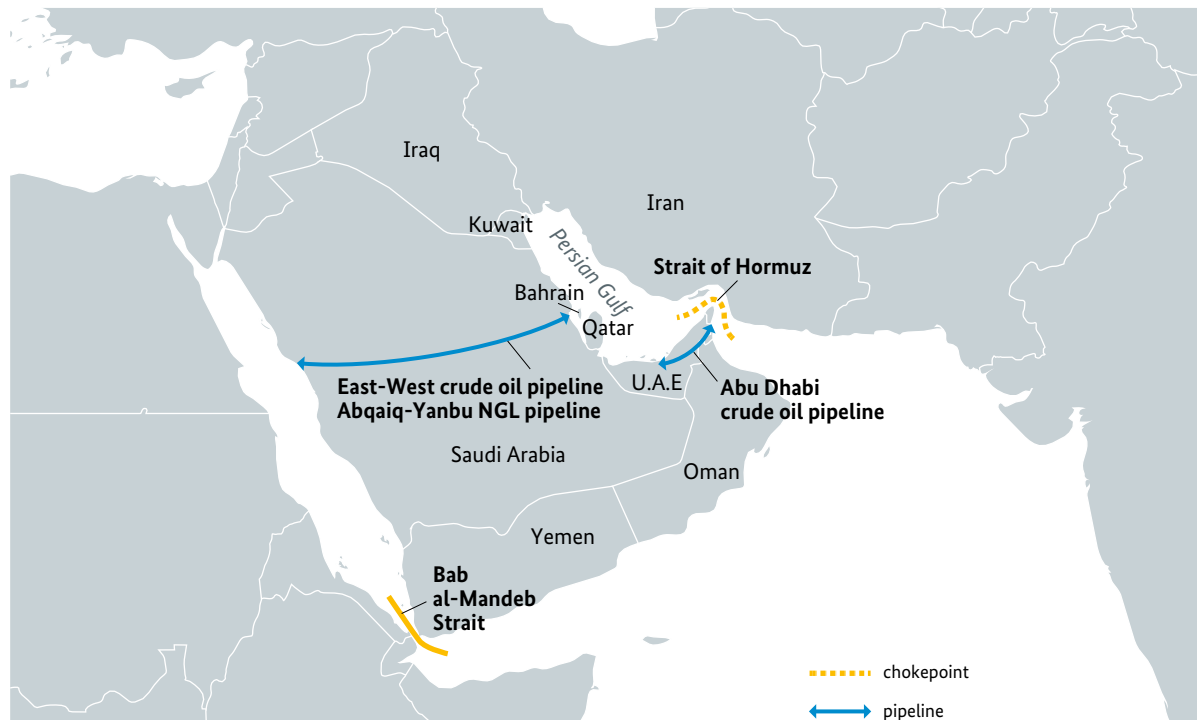
<https://www.handelsblatt.com/finanzen/maerkte/devisen-rohstoffe/iran-krieg-volle-oelspeicher-zwingen-foerderlaender-zu-drastischen-kuerzungen/100205354.html>.

3 <https://www.euronews.com/business/2026/03/09/bapco-declares-force-majeure-as-iran-sets-bahraains-only-refinery-ablaze>.

4 <https://www.eia.gov/todayinenergy/detail.php?id=65504>.

5 <https://www.spglobal.com/energy/en/news-research/latest-news/crude-oil/030326-factbox-oil-prices-surge-as-energy-facilities-hit-in-middle-east-war>.

Abbildung 2: Begrenzte Umgehungsmöglichkeiten per Pipeline



Quelle: <https://www.eia.gov/todayinenergy/detail.php?id=65504>.

Die Ölpreise haben bereits spürbar angezogen, seit Ausbruch des Krieges ist der Ölpreis zeitweise um nahezu 50 Prozent angestiegen und hatte zwischenzeitlich Notierungen von deutlich über 100 US-Dollar erreicht (Stand: 12.3.2026). Einige Experten halten auch deutlich höhere Notierungen für möglich, manche sogar bis zu 150 US-Dollar pro Barrel.⁹

Auch die Gaspreise sind schnell gestiegen, zeitweise auf fast 60 Euro pro MWh (Stand: 12.3.2026) und somit um fast 80 Prozent, nachdem Katar auf unbestimmte Zeit seine Produktion gestoppt hat. Bleibt der Gaspreis über eine längere Zeit erhöht, so dürften auch am Strommarkt Auswirkungen sichtbar werden.

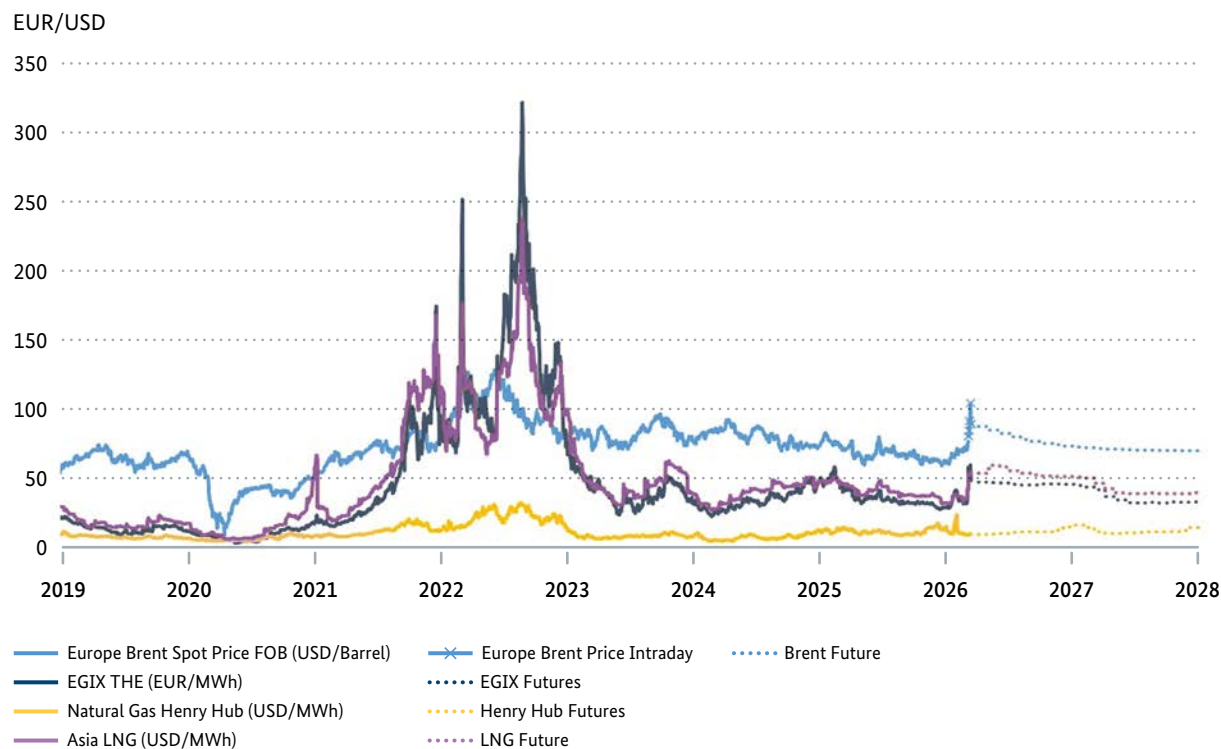
Abbildung 3 zeigt die Auswirkungen auf die Spot- und Futures-Marktpreise für Rohöl (Brent), Erdgas in Europa (EGIX), USA (Henry Hub) und Flüssiggas für Asien (LNG Asia) bis zum Schlusskurs am 10.3.2026 (Ausnahme: European Brent-Preis bis 11.3.2026) im Vergleich zu den Marktentwicklungen seit 2019.

Am aktuellen Rand ist ein deutlicher Anstieg der Energiepreise zu verzeichnen. Allerdings ist dies bei weitem nicht vergleichbar mit den Anstiegen infolge des russischen Angriffskrieges von 2022. Zudem hat der Euro im Laufe der letzten zwölf Monate gegenüber dem Dollar aufgewertet, was die aktuellen Steigerungen der in Dollar denominierten Öl- und Gaspreise im Vergleich zu früheren Episoden für Europa teilweise abfedert.¹⁰

9 <https://www.handelsblatt.com/finanzen/maerkte/marktberichte/iran-krieg-oelpreis-steigt-bis-zu-14-prozent-und-notiert-ueber-kritischem-level/100206179.html>.

10 <https://www.faz.net/aktuell/finanzen/kurs/waehrung/eur-usd/EU0009652759/forexvwd/2079559>.

Abbildung 3: Entwicklung der Öl- und Gaspreise: Spotmarkt-Preise und Futures



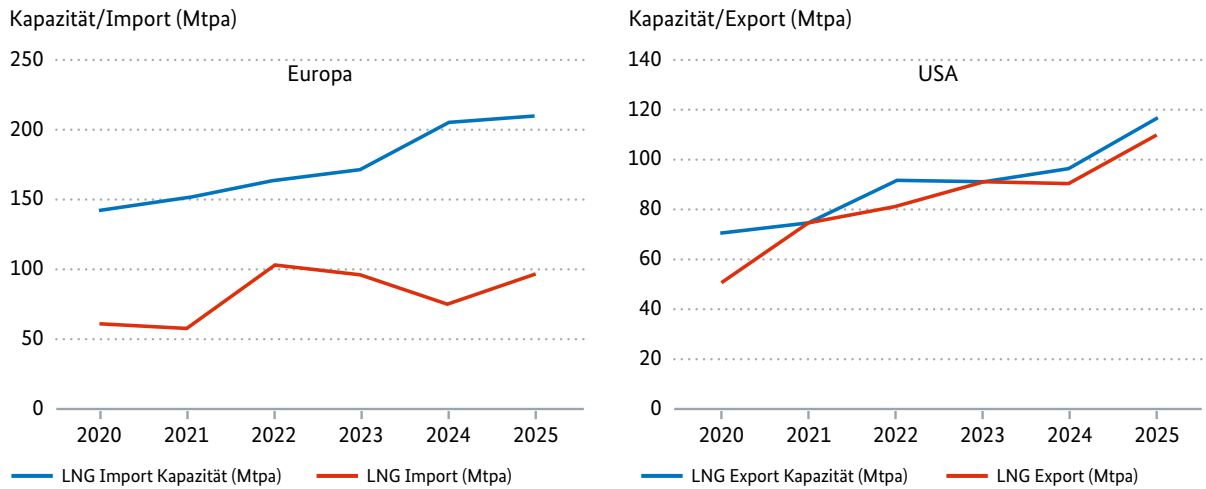
Quelle: LSEG Workspace, Trading Economics, eigene Berechnungen.

Der Ölpreis liegt auch nominal bisher deutlich unter Werten, die noch 2024 beobachtet wurden. Mittelfristig könnte auch eine stärkere Einbindung der venezolanischen Ölproduktion in den Weltmarkt das Angebot erhöhen und damit preisdämpfend wirken.

Der Gaspreis für Europa (und Asien) lag zuletzt im Februar 2025 knapp über 50 Euro. Die Gas-Futures für 2026 sind ebenfalls angestiegen, aber etwas weniger als der Spot-Preis. Für 2027 liegen sie wieder etwas über 30 Euro.

Die Gaspreise für Europa und Asien entwickeln sich aufgrund der LNG-Importe sehr ähnlich. Europa hat seine LNG-Importkapazitäten seit der Energiekrise von 2022 stark ausgebaut, sodass diese derzeit nicht vollständig ausgelastet sind (vgl. Abbildung 4 links).

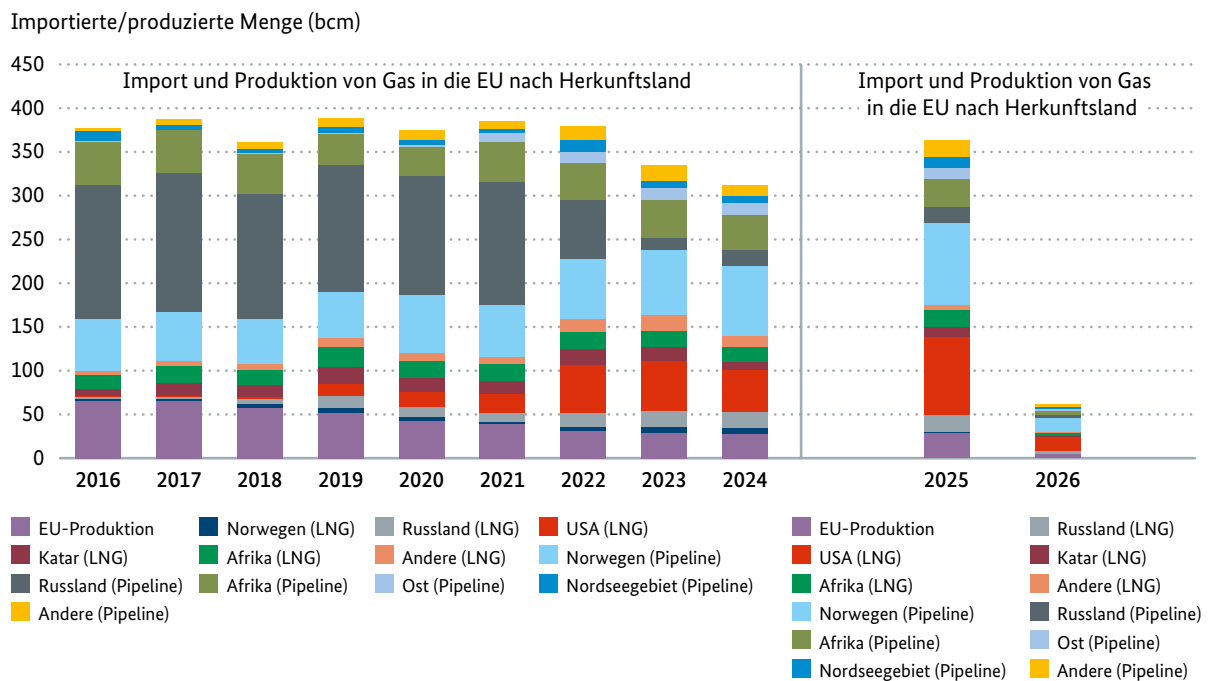
Abbildung 4: LNG Gasifizierungs- und Verflüssigungskapazitäten



Quelle: Eigene Darstellung basierend auf <https://www.igu.org/advocacy/graphics-data/lng-increasingly-underpins-energy-system-flexibility-and-security>.

Der Vergleich mit dem Erdgaspreis für die USA zeigt den immensen Wettbewerbsvorteil, den die USA seit der Energiekrise von 2022 als Nettoexporteur von Erdgas genießen. Aufgrund begrenzter LNG-Exportkapazitäten der USA (vgl. Abbildung 4 rechts) bleibt ein Teil des Gases im US-Binnenmarkt, sodass die inländische Versorgung dort deutlich günstiger ist als in Europa oder Asien. Gleichzeitig profitieren Energieproduzenten in den USA in Krisenzeiten von steigenden Exporterlösen, was die gesamtwirtschaftlichen Belastungen durch höhere Energiepreise teilweise ausgleichen kann.

Abbildung 5: EU-Importe von Erdgas



Quellen: Pipeline und LNG: https://ec.europa.eu/eurostat/databrowser/view/nrg_ti_gas_custom_20404325/default/table.

Pipeline & eigene Produktion: <https://app.powerbi.com/view?r=eyJrIjoibjYxN2JmYTctYmEzYy00NGE3LTk4ZGQzMWw1SjYzU3OWIxNDQ2IiwidCI6ImIyNG-M4YjA2LTUyMmMtNDZmZS05MDgwLTcwOTI2ZjhkZGRiMSIsImMiOjoh9>.

Daten für 2025 und 2026 (bis einschließlich Februar): <https://www.bruegel.org/dataset/european-natural-gas-imports>.

Die derzeitige Situation in Bezug auf die Größenordnung der Preisanstiege und die Vulnerabilität Europas ist anders als die Energiekrise 2022. Insbesondere Europas Gasversorgung ist jetzt sehr viel diversifizierter aufgestellt, wie in Abbildung 5 zu erkennen ist.

Es geht also im Wesentlichen um Preiseffekte, allerdings kann die Versorgungssicherheit aufgrund der geringen Absicherung der Gaslieferungen durch langfristige Verträge zu einem Thema werden. Im Folgenden werden die möglichen Auswirkungen im Vergleich mit der Energiekrise nach dem russischen Angriff auf die Ukraine im Jahr 2022 eingeordnet.

Eine länger andauernde Eskalation im Umfeld der Straße von Hormus hätte erhebliche Auswirkungen auf den globalen Gasmarkt. Durch die Meerenge werden täglich rund 0,3 bcm LNG transportiert, was etwa 20 Prozent des weltweiten LNG-Handels entspricht. Zum Vergleich: Im Zuge des russischen Angriffskriegs gegen die Ukraine gingen die Pipelinegaslieferungen aus Russland nach Europa von etwa 0,42 bcm pro Tag vor dem Krieg auf rund 0,14 bcm pro Tag im Jahr 2024 zurück – ein Rückgang um täglich 0,28 bcm. Die potenziell betroffenen Mengen in einem Hormus-Szenario liegen damit in einer ähnlichen Größenordnung. In beiden Fällen wurde Infrastruktur zerstört, in Europa durch die Sprengung der Nord-Stream-Pipelines, aktuell durch iranischen Raketenbeschuss der Energieinfrastruktur in Teilen des Nahen Ostens, was die Exportkapazitäten beeinträchtigen kann. Anders als 2022 trifft eine Verknappung Europa nicht direkt, sondern vor allem asiatische Abnehmer, da der Großteil des LNG aus Katar in diese Märkte fließt. Gleichwohl ist Europa mittelbar betroffen, da LNG zunehmend auf global integrierten Spotmärkten gehandelt wird und die Knappheit in Verbindung mit der Unsicherheit über die Dauer der Krise daher rasch zu steigenden Preisen führt. In den USA bleiben die Gaspreise hingegen voraussichtlich relativ stabil, weil die dortigen LNG-Exportkapazitäten begrenzt sind. Selbst bei stark steigenden Weltmarktpreisen kann daher nur ein Teil des amerikanischen Gases exportiert werden, sodass ein größerer Anteil im amerikanischen Binnenmarkt verbleibt und den Preisschock dort deutlich abfedert (vgl. Abbildung 4). Der Ausbau der Exportkapazitäten ist zwar in Planung, dauert aber mehrere Jahre.

Die Auswirkungen der Gaskrise können zusätzlich verstärkt werden, da Europa vergleichsweise wenig langfristig abgesicherte Lieferungen hat und stark auf kurzfristige Beschaffung angewiesen ist.¹¹ Die Zahl der seit 2022 neu abgeschlossenen langfristigen LNG-Lieferverträge ist gering – sowohl in Deutschland als auch in der EU insgesamt, da viele europäische Käufer wegen der Energiewende und unsicherer Nachfrage zögern, sich über Jahrzehnte an fossile Gasimporte zu binden.

Europa kann auf steigende Gaspreise auf der Nachfrageseite reagieren. So kann industrielle Produktion gedrosselt, Prozesse angepasst oder teilweise auf andere Energieträger ausgewichen werden – dies geschieht voraussichtlich auf Eigeninitiative der betroffenen Unternehmen. Ein Teil dieser Flexibilität wurde jedoch bereits während der Energiekrise 2022 genutzt, sodass der Spielraum heute geringer ist und teilweise mit realwirtschaftlichen Kosten verbunden wäre. Auch im privaten Verbrauch bestehen Einsparpotenziale, etwa durch Verhaltensanpassungen beim Heizen oder effizientere Nutzung von Warmwasser. Allerdings sind die Möglichkeiten begrenzt, da schnelle Einsparpotenziale schon ausgeschöpft wurden und die Heizperiode bald beendet sein dürfte.

11 <https://www.acer.europa.eu/sites/default/files/documents/Publications/ACER-LNG-Monitoring-Report-2025.pdf>, S. 37.

Zu beachten ist, dass insbesondere für Deutschland eine hohe Abhängigkeit gegenüber Norwegen mit einer Versorgung über unterseeische Pipelines besteht. Wie die Erfahrung mit den Nord-Stream-Pipelines gezeigt hat, könnten solche Pipelines ein Anschlagziel feindseliger Akteure werden und sind nicht leicht zu schützen. Dagegen ist die Versorgung per Schiff weniger vulnerabel (im Kriegsfall aber nicht unbedingt). Gut 10 Prozent der deutschen Erdgasversorgung erfolgt über die deutschen LNG-Terminals, vor allem mit verflüssigtem Schiefergas aus USA.¹²

2.2 Auswirkungen in Asien

Substitutionseffekte könnten insbesondere in Asien auftreten, wenn Europa trotz steigender Preise seine Gasnachfrage nicht deutlich reduziert. Fällt durch eine Störung der Straße von Hormus ein Teil der LNG-Lieferungen aus, würde Europa verstärkt um die verbleibenden global verfügbaren Mengen konkurrieren. In diesem Fall träge die Verknappung zwar vor allem asiatische Abnehmer, würde aber auf dem Weltmarkt kompensiert werden müssen. In diesem Fall würden asiatische Abnehmer – insbesondere Schwellenländer wie Indien, Pakistan oder Bangladesch – stärker auf alternative Energieträger wie Kohle oder Öl ausweichen oder ihren Energieverbrauch deutlich reduzieren müssen.¹³

Ein solcher Verdrängungseffekt war bereits während der Energiekrise 2022 zu beobachten, als Europa große Mengen LNG importierte und dadurch in Teilen Asiens zu Versorgungsengpässen und verstärkter Kohlenutzung beitrug.¹⁴ Daraus ergeben sich auch außen- und wirtschaftspolitische Implikationen: Gerade jene Staaten, die von solchen Substitutionseffekten betroffen wären, zählen zu den Ländern, mit denen Europa seine wirtschaftlichen und geopolitischen Kooperationen ausbauen möchte. Vor diesem Hintergrund erscheint es sinnvoll, mögliche Marktverwerfungen frühzeitig zu berücksichtigen und die Auswirkungen europäischer Beschaffungsstrategien auf Partnerländer stärker in den Blick zu nehmen.

Hinzu kommt, dass ein erheblicher Teil der LNG-Lieferverträge in Asien weiterhin an den Ölpreis indexiert ist (Shi und Shen 2023; IGU 2023).¹⁵ Steigende Ölpreise wirken daher mit zeitlicher Verzögerung auch auf die Gaspreise in diesen Märkten. Da viele dieser Preisformeln auf gleitenden Durchschnittswerten über mehrere Monate basieren, können hohe Energiepreise länger nachwirken, als kurzfristige Marktbewegungen erwarten lassen. Dies könnte die Energiekosten in Teilen Asiens auch dann noch hoch halten, wenn sich die Spotmärkte bereits stabilisieren. Vor allem für energieimportierende Schwellenländer kann dies eine zusätzliche Belastung darstellen und das globale Wachstum dämpfen.

12 <https://www.smard.de/page/home/topic-article/444/219078/gasversorgung-im-jahr-2025>.
<https://www.insm.de/aktuelles/news/2025-rund-10-prozent-deutscher-gasimporte-ueber-lng-terminals>.
<https://www.spiegel.de/wissenschaft/lng-fluessiggaslieferungen-aus-den-usa-nach-deutschland-steigen-auf-rekordniveau-a-20f13908-ff7f-4156-ac54-c96fb9893ad2>.

13 <https://sundayguardianlive.com/world/bangladesh-power-crisis-why-the-shortage-is-happening-how-the-iran-israel-war-is-linked-where-the-country-imports-power-from-all-you-need-to-know-175078>.

14 <https://de.marketscreener.com/kurs/aktie/HENNES-MAURITZ-AB-6491104/news/Ausfall-des-nationalen-Stromnetzes-sturzt-Bangladesch-in-die-Dunkelheit-41925972>.

15 <https://timera-energy.com/blog/lng-contract-value-swinging-with-gas-oil-markets>.
<https://www.sciencedirect.com/science/article/abs/pii/S0360544222023088>.

2.3 Strompreise

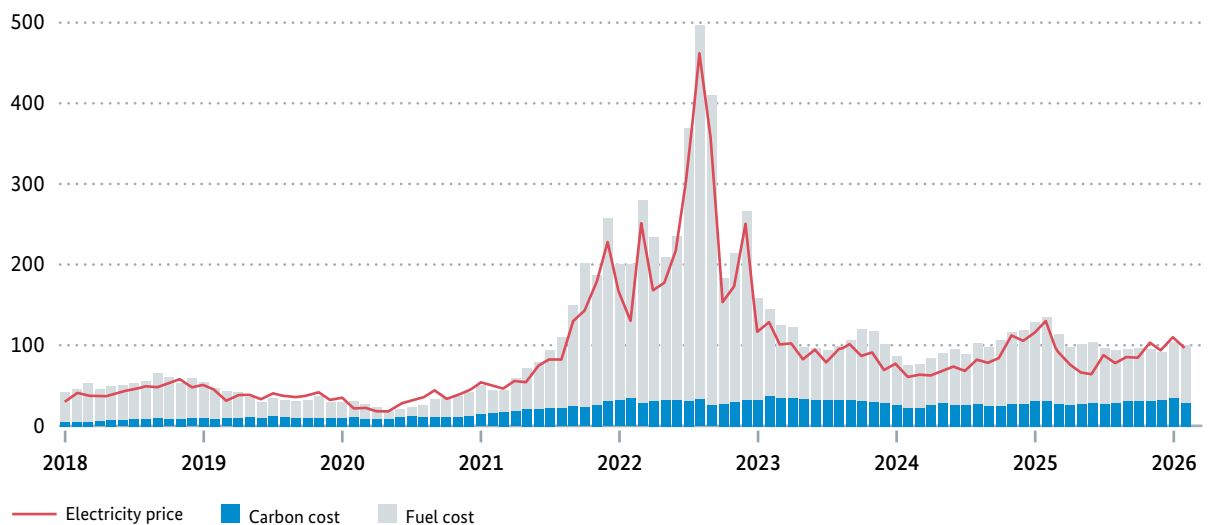
Der jüngste Anstieg der Gaspreise wirkt sich in Europa unterschiedlich stark auf die Strompreise aus. In Deutschland und Italien verlaufen Strom- und Gaspreise weitgehend parallel (vgl. Abbildung 6 und 7). Grund dafür ist die Struktur des Strommarkts: Gas ist häufig das marginale Kraftwerk im Stromsystem und bestimmt damit den Großhandelspreis („Merit-Order-Effekt“). Steigt der Gaspreis, erhöht sich daher auch der Strompreis.

In Frankreich und Spanien zeigt sich dagegen zeitweise eine teilweise Entkopplung (Abbildung 7). In Frankreich dämpft insbesondere der hohe Anteil der Kernenergie den Einfluss von Gas auf den Strompreis. In Spanien tragen ein hoher Anteil erneuerbarer Energien sowie die vergleichsweise begrenzte Netzanbindung an die mitteleuropäischen Strommärkte dazu bei, dass sich Strompreise nicht vollständig im Gleichschritt mit den Gaspreisen bewegen. Dadurch reagieren die Strompreise in diesen Ländern zeitweise weniger stark auf kurzfristige Gaspreisschwankungen.

Abbildung 6: Die Auswirkung von Gaspreisen auf Strompreise

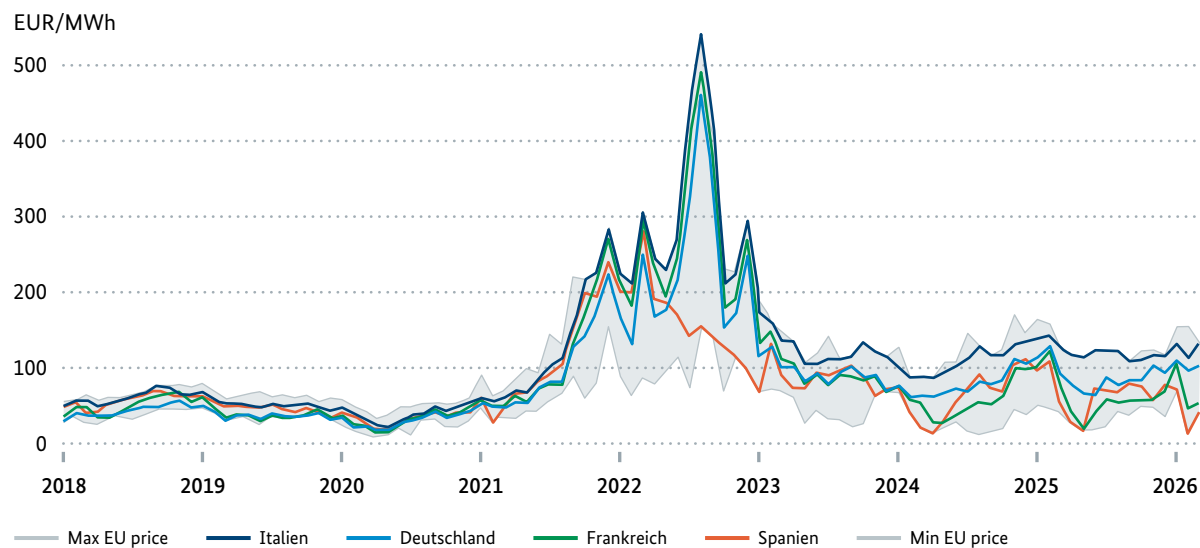
Electricity prices, fuel and carbon costs for gas power generation

Germany – EUR/MWh



Quellen: ENTSO-e for EU electricity prices. EMR for UK electricity prices, carbon and fuel price data provided by Montel. For details, see Methodology.

Abbildung 7: Großhandels-Strompreise in Europa



Quellen: LCCC (UK), semopx (Ireland), ENTSO-e (all other EU countries). Prices are average day-ahead spot prices per MWh sold per time period; Max and min prices refer to the highest and lowest average values of any country in the EU in that period; Prices converted from £/MWh to €/MWh for the UK.

Diese Unterschiede liefern gerade keinen überzeugenden Grund, das Merit-Order-Prinzip grundsätzlich in Frage zu stellen. Entscheidend ist vielmehr die unterschiedliche Zusammensetzung der Stromerzeugungstechnologien in den einzelnen Ländern. Die Merit-Order sorgt dafür, dass bei gegebenem Kraftwerkspark stets die kostengünstigsten verfügbaren Technologien eingesetzt werden und damit eine effiziente Stromversorgung gewährleistet ist. Unterschiede in der Preisentwicklung spiegeln daher vor allem die jeweilige Struktur des Stromsystems wider, nicht ein Versagen des Marktmechanismus.

2.4 Gasspeicher

Ein einfacher Vergleich der Speicherstände heute mit früheren Speicherfüllstandskurven wäre irreführend, da Deutschland inzwischen über Zugang zu größeren sowie eigenen LNG-Importkapazitäten verfügt. Dementsprechend zeigt ökonomische Optimierung, dass *weniger* eingespeichert werden sollte, da mit LNG eine zusätzliche Option zur Gaslieferung (ohne Speicherung) besteht.

Abbildung 8: Gasspeicherfüllstände in Deutschland 2021 – 2026

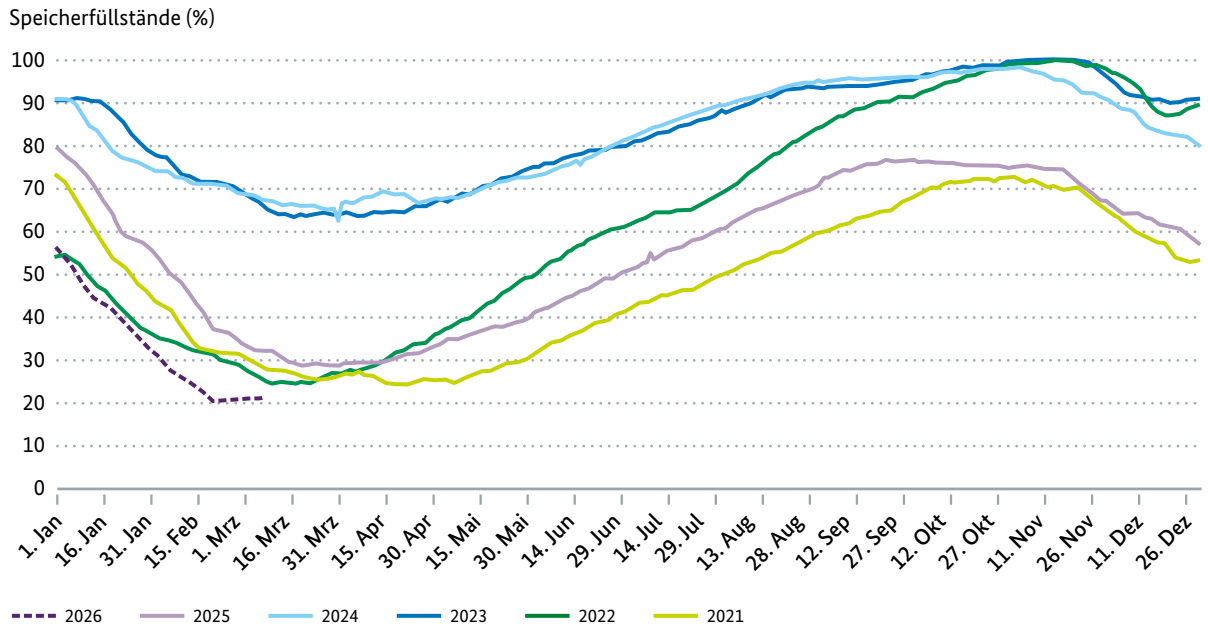
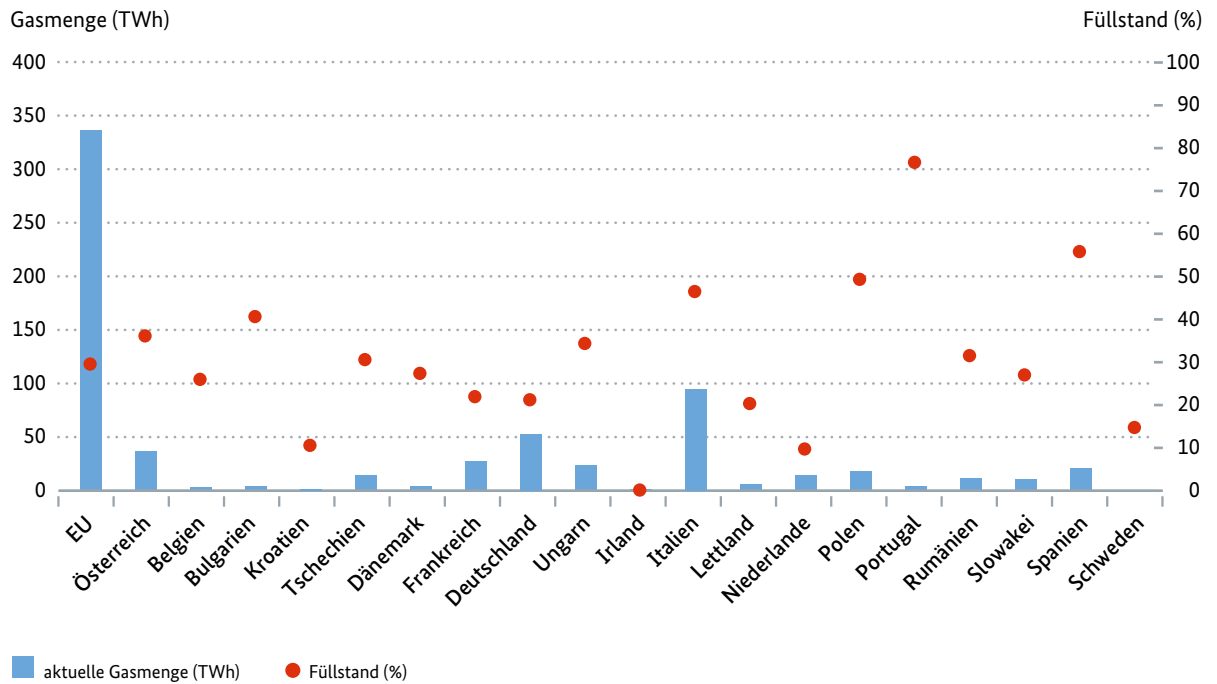
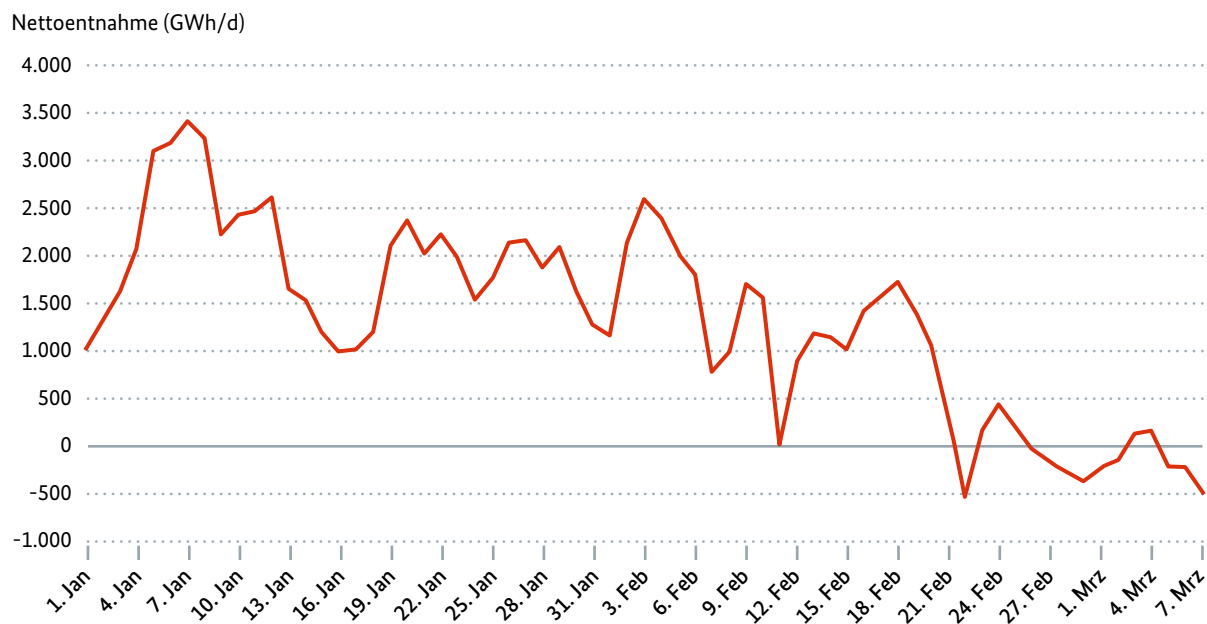


Abbildung 9: Gasspeicherfüllstände Deutschland und Nachbarländer (Stand: 8.3.2026)



In den vergangenen Tagen wurde in Deutschland (auch aufgrund des guten Wetters und somit geringer Heiznachfrage) Erdgas *eingespeichert*.

Abbildung 10: Nettoentnahme deutscher Gasspeicher (Stand: 8.3.2026)



Quelle: Gas Infrastructure Europe – Aggregated Gas Storage Inventory (2026): Net Withdrawal, <https://agsi.gie.eu/data-visualisation/net-withdrawal/DE>. https://www.bundesnetzagentur.de/DE/Gasversorgung/aktuelle_gasversorgung/_svg/Gasspeicherfuellstand_Veraenderung_taeglich/Gasspeicherfuellstand_Veraenderung_taeglich.html.

Allerdings könnte die Befüllung der Gasspeicher in den Sommermonaten zu einer Herausforderung werden, wenn die Krise anhält und Marktanreize fehlen. Normalerweise lohnt sich das Einspeichern, weil Gas im Sommer günstiger ist als im Winter – Händler kaufen billig ein und verkaufen später teurer. Liegen die Terminpreise für den Winter jedoch auf oder sogar unter dem Niveau der Sommerpreise, fehlt dieser ökonomische Anreiz. Dann droht eine geringe Speicherbefüllung. Die regulatorischen Speicherziele wurden zuletzt bereits etwas flexibilisiert, es gilt also, die Situation im Blick zu behalten.

2.5 Auswirkungen auf Lieferketten

Eine längere Eskalation oder Störungen zentraler Seewege könnten darüber hinaus erneut Lieferkettenprobleme verursachen.¹⁶ Zwar haben viele Unternehmen seit den Krisenjahren ihre Resilienz gestärkt, ihre Lieferanten diversifiziert und Lagerstrategien angepasst. Dennoch bleibt die Verwundbarkeit einer stark exportorientierten Volkswirtschaft beträchtlich. Hinzu kommt die Relevanz der Großflughäfen in der Golfregion, die u. a. wegen des nicht genutzten russischen Luftraums zu wichtigen Umschlagplätzen für Fracht geworden sind, auch in den Lieferketten europäischer Unternehmen nach Asien.

¹⁶ Dabei geht es nicht nur um die Straße von Hormus. In der jüngsten Vergangenheit wurde auch der Verkehr durch das Bab al-Mandab, das Nadelöhr zwischen dem Roten Meer und dem Golf von Aden, durch die mit dem Iran verbündete Huthi-Miliz gestört.

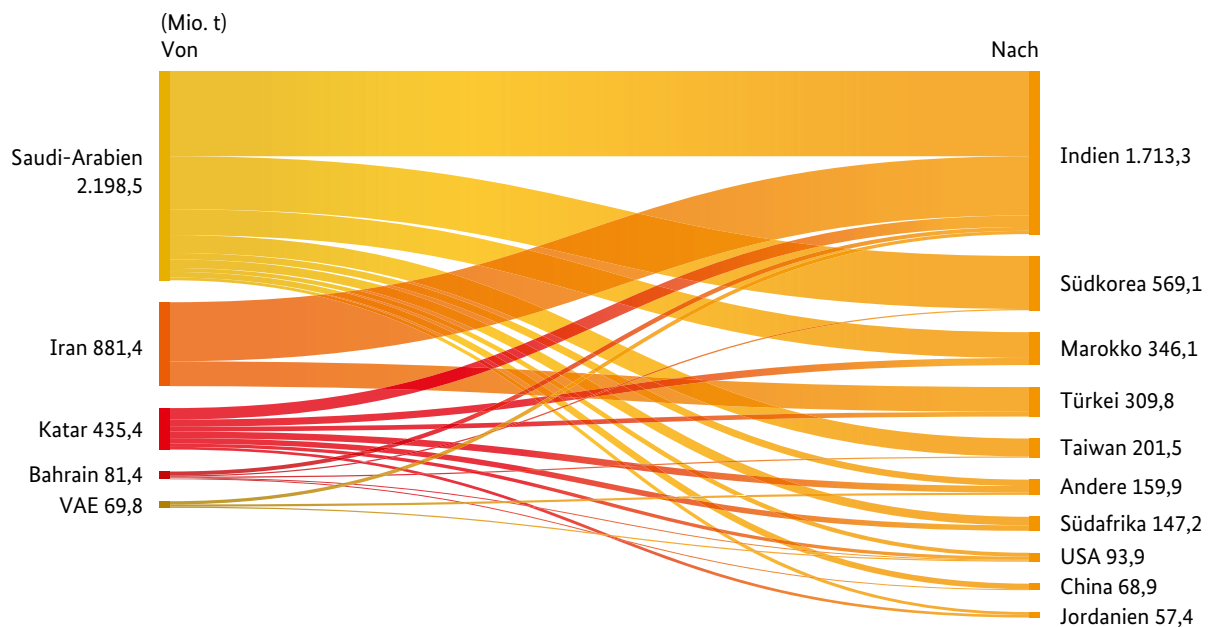
Steigende Rohölpreise schlagen zudem rasch auf Transportkosten, Kraftstoffpreise und industrielle Vorleistungen durch – mit Folgewirkungen entlang der gesamten Wertschöpfungsketten. Hinzu kommen als neue Kosten steigende Frachtraten und Versicherungsprämien, welche u.U. eine erneute Optimierung der Liefer- und Wertschöpfungsketten mit all den damit verbundenen Umstrukturierungskosten bedingen können.

Für Europa insgesamt ergeben sich steigende Energiekosten, erhöhte Inflationsrisiken und zusätzliche Investitionsunsicherheit.

2.6 Düngemittelkosten und Lebensmittelpreise

Die Entwicklungen im Iran und im Persischen Golf können mittelfristig erhebliche Auswirkungen auf die globale Düngemittelproduktion und damit auch auf Lebensmittelpreise haben. Stickstoffdünger wie Ammoniak und Harnstoff werden überwiegend aus Erdgas hergestellt, wobei Erdgas typischerweise etwa 60 – 80 Prozent der Produktionskosten von Stickstoffdüngern ausmacht.¹⁷ Gleichzeitig ist der Persische Golf ein zentraler Knotenpunkt für Energie- und Düngemittelmärkte, da sowohl große Produktionskapazitäten als auch wichtige Handelsrouten – insbesondere die Straße von Hormus – in dieser Region liegen. Ein Drittel der globalen Düngemitteltransporte passiert die Straße von Hormus.¹⁸

Abbildung 11: Seebasierter Ammoniak-Handel durch die Straße von Hormus



Quelle: S&P Global Energy, <https://www.spglobal.com/energy/en/news-research/latest-news/agriculture/030426-three-ammonia-ships-stranded-in-hormuz-as-traffic-halts-cas-shipbrokers>.

17 <https://ahdb.org.uk/news/energy-inputs-natural-gas-and-fertiliser-prices>.

18 <https://www.bloomberg.com/news/articles/2026-03-06/iran-conflict-sends-farmers-rushing-to-secure-critical-fertilizers>.
<https://unctad.org/press-material/hormuz-shipping-disruptions-raise-risks-energy-fertilizers-and-vulnerable-economies>.

Eine Eskalation von Konflikten kann daher sowohl die Energiepreise als auch den Transport von Ammoniak und anderen Vorprodukten für Dünger beeinträchtigen.¹⁹ Höhere Gaspreise und Lieferunterbrechungen führen in der Regel zu steigenden Düngerpreisen, was wiederum landwirtschaftliche Produktionskosten erhöht und mittelfristig zu geringeren Düngemiteleinsätzen sowie sinkenden Erträgen führen kann.²⁰ Da synthetische Stickstoffdünger eine zentrale Rolle für die globale Nahrungsmittelproduktion spielen – Schätzungen zufolge hängt rund die Hälfte der weltweiten Lebensmittelproduktion direkt oder indirekt von ihnen ab – können solche Entwicklungen schließlich auch zu steigenden Lebensmittelpreisen beitragen.²¹

2.7 Inflationsrisiken

Im Folgenden nehmen wir eine erste quantitative Abschätzung der Auswirkungen auf die Inflation im Euro-Raum und Deutschland vor. Ausgehend von den Entwicklungen bei den Preisen von Benzin, Diesel, Erdgas und Kerosin für Verbraucher in Europa, schätzen wir die Konsequenzen für die Verbraucherpreisinflation ab.

Dabei verwenden wir ein Vektor-Autoregressions-Modell (Hegemann 2026), das im Rahmen eines größeren Forschungsprojekts von Volker Wieland und Henrik Hegemann in Frankfurt zu den makroökonomischen Konsequenzen von Energiepreisschocks entwickelt wurde.

Die Schätzung basiert auf folgenden Annahmen bezüglich der Preisveränderungen (jeweils relativ zum Durchschnitt im Februar):

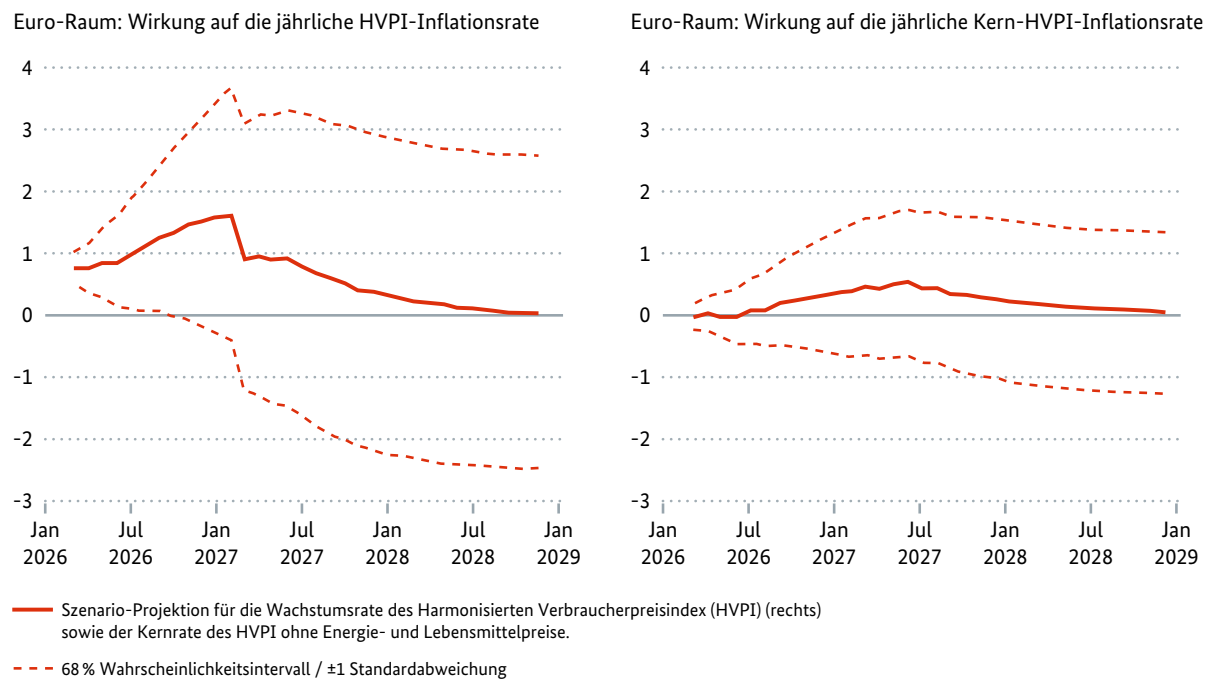
- Benzin: +9,5 Prozent (basiert auf Deutschlanddaten, Stichtag 04.03.2026)
- Diesel: +16,3 Prozent (basiert auf Deutschlanddaten, Stichtag 04.03.2026)
- Kerosin: +79,8 Prozent (basiert auf LSEG Workspace, Stichtag 04.03.2026)
- Erdgas: +9,5 Prozent (EGIX THE-Index liegt zum Stichtag 04.03.2026 ca. +47,5 Prozent; für Producer Prices setzt man 1/5 davon an, orientiert an historischen Zusammenhängen)

19 <https://www.theguardian.com/business/2026/mar/05/big-burden-for-farmers-gulf-shipping-crisis-threatens-food-price-shock>.

20 <https://www.ief.org/news/high-natural-gas-prices-contribute-to-rising-fertilizer-and-food-prices>.

21 <https://unctad.org/news/exploring-trade-actions-fight-acute-food-insecurity-and-threat-famine>.
<https://www.wfp.org/publications/global-report-food-crisis-grfc>.

Abbildung 12: Basis-Szenario – Auswirkungen auf die Verbraucherpreisinflation



Quelle: Hegemann und Wieland (2026a), eigene Berechnungen.

In einem Basis-Szenario, das in Abbildung 12 gezeigt wird, nehmen wir an, dass die Preise im März wie oben ansteigen und im April auf diesem Niveau verbleiben. In den Monaten danach wird die Entwicklung durch die geschätzten Koeffizienten des Modells bestimmt.

In diesem Szenario erfolgt ein ziemlich starker Anstieg der Verbraucherpreisinflation von deutlich über 1 Prozent relativ zum Ausgangszeitpunkt. Die Inflationsrate (12-Monats-Durchschnitt) ist bis 2027 deutlich erhöht. Der Anstieg der Kerninflation fällt sehr viel geringer aus, aber es ergibt sich durch Zweitrundeneffekte eine länger anhaltende Erhöhung von 0,5 Prozent.

Diese Inflationseffekte sind als relativ stark einzuordnen. Nimmt man etwa in anderen Szenarien an, dass die Energiepreise bereits im Mai wieder weitgehend oder vollständig auf das Niveau von Februar zurückgehen, dann sind die Wirkungen sichtbar kleiner und weniger persistent.

Der Gesamtindex reagiert stark auf Energiepreise, da er etwa die Brennstoffe für Mobilität und Gebäude direkt beinhaltet. Hinzu kommen die Auswirkungen, etwa von Erdgaspreisen, auf die Strompreise. Bei der Kernrate ohne Energie- und Lebensmittelpreise sind diese direkten Effekte jedoch außen vor gelassen. Die Kernrate beinhaltet vor allem Preise für langlebigere Konsumgüter (Kleidung, Fahrzeuge, elektrische Geräte, u. v. m.), Mieten und Preise für Dienstleistungen. Hierin spiegeln sich Zweitrundeneffekte eines Energiepreisanstiegs wider, die über vielfältige Kanäle zustande kommen. So ist Energie ein Kostenfaktor bei der Produktion von Konsumgütern durch die Industrie. Der Anstieg in den Lebenshaltungskosten durch den Energiepreisschock treibt wiederum die Preise für Dienstleistungen und darin enthaltene Lohnkosten nach und nach ebenso nach oben.

2.8 Wasser

Die Staaten des Persischen Golfs zählen zu den weltweit am stärksten von Meerwasserentsalzung abhängigen Regionen.²² Aufgrund extrem geringer natürlicher Süßwasserressourcen decken einige Länder einen Großteil ihrer Trinkwasserversorgung durch Entsalzungsanlagen; in Saudi-Arabien stammt beispielsweise etwa 70 Prozent, in Oman 86 Prozent und in Kuwait 90 Prozent des Trinkwassers aus entsalztem Meerwasser.²³ Gleichzeitig sind Entsalzungsanlagen meist große, zentralisierte Küstenanlagen, die stark von Energieversorgung und stabiler Infrastruktur abhängig sind. Schäden an Entsalzungsanlagen²⁴ oder an der Energieinfrastruktur könnten daher kurzfristig zu erheblichen Versorgungsengpässen führen, insbesondere in dicht besiedelten Küstenstädten. Länger anhaltende Unterbrechungen der Wasserversorgung könnten zudem politische und wirtschaftliche Instabilität sowie potenziell auch Migrationsbewegungen auslösen, da Wasserknappheit in ariden Regionen eine zentrale strukturelle Verwundbarkeit darstellt.

2.9 Investitionen in Datencenter

Die Vereinigten Arabischen Emirate verfolgen eine ambitionierte Strategie, sich als globaler Standort für Cloud- und KI-Rechenzentren zu etablieren. Massive Investitionen, günstige Energie und eine strategische Lage zwischen Europa, Asien und Afrika haben die Region zu einem wichtigen digitalen Infrastrukturknoten gemacht.²⁵ Gleichzeitig zeigen jüngste Angriffe auf Rechenzentren in der Golfregion, dass digitale Infrastruktur in geopolitischen Konflikten zunehmend verwundbar ist. Diese Risiken könnten Investoren dazu veranlassen, ihre Standortstrategien zu diversifizieren und stärker auf politisch stabile Regionen zu setzen. Für Europa könnte dies eine Chance darstellen, zusätzliche Datacenter-Investitionen anzuziehen, insbesondere für sicherheitskritische und regulierte Anwendungen.

2.10 Auswirkungen auf den Ukraine-Krieg

Für den Krieg in der Ukraine hat die Eskalation im Nahen Osten drei mittelfristige Folgen. Erstens verbessern höhere Energiepreise Russlands fiskalischen Spielraum und damit seine Fähigkeit, den Krieg zu finanzieren. Zweitens steigt der wirtschaftliche und politische Druck in Europa durch höhere Gas-, Strom-, Dünger- und Lebensmittelpreise, was Unterstützung für die Ukraine innenpolitisch schwieriger machen kann. Drittens kann westliche militärische Aufmerksamkeit teilweise in die Golfregion abwandern. Gleichzeitig gibt es auch gegenläufige Effekte: Irans militärische Unterstützung für Russland war wichtig, spielt laut neueren Analysen aber nicht mehr dieselbe Schlüsselrolle wie 2022/23, weil Russland viele Fähigkeiten inzwischen selbst aufgebaut hat.²⁶ Zudem sind die Kompetenzen der Ukraine bei der Produktion von Rüstungstechnologie gefragt. Hier könnte Europa als Partner auftreten, um die Verfügbarkeit von Nachschub in aktuellen Konflikten gemeinsam mit den jeweiligen Kompetenzträgern sicherzustellen.

22 <https://documents1.worldbank.org/curated/en/476041552622967264/pdf/135312-WP-PUBLIC-14-3-2019-12-3-35-W.pdf>.

23 <https://www.turkiyetoday.com/region/irans-possible-attacks-on-gulf-desalination-plants-may-devastate-the-region-3215639>.

24 <https://www.wsj.com/livecoverage/iran-war-news-updates-2026/card/iran-strikes-desalination-plant-in-bahrain-says-gulf-nation-mwjEnNJK1GgtebiNnUaZ>.

<https://www.wateronline.com/doc/persian-gulf-desalination-plants-could-become-military-targets-in-regional-war-0001>.

<https://www.globalwaterintel.com/articles/gulf-desalination-infrastructure-hit-as-iran-strikes-out>.

25 <https://www.faz.net/pro/digitalwirtschaft/kuenstliche-intelligenz/mehr-milliardeninvestitionen-der-golfstaaten-in-ki-110346875.html>.

26 <https://www.tagesspiegel.de/internationales/iran-spielt-fur-russland-keine-grosse-rolle-mehr-warum-putin-vom-nahost-krieg-sogar-profitieren-konnte-15310341.html>.

3. Reaktion auf die Krise

3.1 Maßnahmen vorbereiten

Kurzfristig sollte sich die Bundesregierung darauf vorbereiten, mögliche Marktverwerfungen zu begrenzen und Vertrauen in die Stabilität der Energieversorgung zu sichern. Deutschland trifft diese Entwicklung in einer wirtschaftlich angespannten Lage. Das Verarbeitende Gewerbe – insbesondere energieintensive Branchen wie Chemie, Stahl, Glas oder Papier – steht seit längerem unter Druck. Die Erfahrungen aus der Corona- und der Energiekrise zeigen, dass koordinierte europäische Beschaffung und temporäre Stabilisierungsinstrumente wirksam sein können. Solche Krisenmechanismen sollten vorbereitet sein, bevor sich Marktspannungen verfestigen. Außerdem sollte man langfristige Stabilisierungsmaßnahmen mit in den Blick nehmen und auch nach Abklingen der Krise weiterverfolgen. Gerade dies ist in den vergangenen Jahren nicht gelungen und verschärft die aktuellen Herausforderungen.

3.1.1 Benzin- und Dieselpreise

Aufgrund der Preissteigerungen für Benzin und Diesel an den Tankstellen werden in Teilen erneut diverse politische Maßnahmen von Preisbremsen über eine Übergewinnbesteuerung bis hin zu Tankrabatten erörtert. Kurzfristige Eingriffe in den Markt sollten jedoch unbedingt vermieden werden.

Dass der Benzinpreis auf die veränderte Lage reagiert, ist nicht ungewöhnlich und erst recht keine Fehlfunktion im System, sondern vielmehr gerade ein Sinn von Preisen. Wenn Dinge wie etwa Öl knapp sind oder – bei lagerfähigen Gütern – knapp zu werden drohen, so steigen die Preise. Manche Nachfrager schränken dann den Konsum mehr oder weniger ein. Genau dies ist bei Knappheiten auch erwünscht, denn Preise sollen (erwartete) Knappheiten reflektieren und die Allokation knapper Ressourcen steuern.

Gleichwohl können exogene Schocks auf oligopolistischen Märkten auch genutzt werden, um sich auf ein neues (höherpreisiges) Gleichgewicht zu koordinieren. Es gibt auch eine gewisse empirische Evidenz dafür, dass dies geschehen kann (Byrne und de Roos 2019). Ob dies aktuell in Deutschland auch der Fall ist, ist keineswegs klar – es sollte (und kann) untersucht werden. Wenn sich zeigt, dass im Kraftstoffgroßhandel eine erhebliche und dauerhafte Störung des Wettbewerbs vorliegt, so kann das Bundeskartellamt zielgerichtete Maßnahmen ergreifen, um diese Störung zu beseitigen. Das Bundeskartellamt hat vor einem Jahr eine solche Prüfung auch eingeleitet.²⁷ Es wäre wünschenswert, wenn das Bundeskartellamt diese Prüfung bald fortsetzen und abschließen könnte.²⁸ In seiner im Februar 2025 publizierten Sektorenuntersuchung hat das Bundeskartellamt eine Reihe von möglichen Maßnahmen genannt, die den Wettbewerb auf Kraftstoffmärkten ggf. stärken könnten. Ob allerdings die beobachteten Preissteigerungen überhaupt Zeichen eines Funktionsdefizits auf den Kraftstoffmärkten sind, ist keineswegs klar, sodass von voreiligen Schlussfolgerungen und Ad-hoc-Maßnahmen abzuraten ist.

27 https://www.bundeskartellamt.de/SharedDocs/Meldung/DE/Pressemitteilungen/2025/03_06_2025_Verfahren_32f.html.

28 In dem Verfahren sind vor dem OLG Düsseldorf mehrere Beschwerden anhängig, die sich gegen Auskunftsbeschlüsse des Bundeskartellamtes richten.

Eine Übergewinnbesteuerung etwa birgt zahlreiche Risiken und ist abzulehnen, wie der Wissenschaftliche Beirat beim Bundesministerium der Finanzen (BMF) bereits im Jahr 2020 in einer Stellungnahme „Übergewinnsteuer“ überzeugend dargelegt hat. In seinen Ausführungen „rät der Beirat auf Grundlage einer volkswirtschaftlichen, rechtlichen und polit-ökonomischen Analyse dringend davon ab, eine Übergewinnsteuer einzuführen“.²⁹ Die überzeugenden Ausführungen des Beirats müssen hier nicht wiederholt werden.

Ebenso abzulehnen sind regulatorische Preisbremsen, die allein zu einer Politisierung der Benzinpreise führen, ebenso wie Tankrabatte. In Zeiten von vorhandener oder erwarteter Knappheit sind Preissignale immanent wichtig, um das Verhalten der Nachfragenden zu beeinflussen und den Konsum zu drosseln. Ultimativ gehören auch Preissteigerungen zu den Risiken des Lebens. Der Staat kann und sollte seine Bürgerinnen und Bürger nicht gegen jedwede Risiken des Lebens wie etwa einen temporären Anstieg der Kraftstoffpreise absichern.

Welche Auswirkungen die angekündigte Übernahme der in Österreich geltenden Preisregel entfalten wird, nach der Kraftstoffpreise an den Tankstellen nur einmal täglich (um 12.00 Uhr mittags) erhöht, aber beliebig oft gesenkt werden dürfen, bleibt abzuwarten. Die empirische Literatur kommt hier nicht zu eindeutigen Befunden. Aus diesem Grund ist eine unabhängige Evaluation der Auswirkungen einer solchen Preisregel auf die Kraftstoffpreise nach etwa drei Jahren anzuraten.

3.1.2 Gasspeicherung

Die Befüllung der Gasspeicher kann zu einer signifikanten Herausforderung werden, wenn die hohen Preise für Erdgas länger anhalten und die Differenz zwischen Spotmarktpreisen, Marktpreisen und Terminpreisen nicht ausreicht, um eine Einspeicherung rentabel zu machen.

Von verschiedenen Politikerinnen und Politikern wird gefordert, dass nicht die Marktteilnehmenden, sondern der Staat den Einkauf von Gas vornehmen soll. Relativ klar ist, dass diese Art der Bewirtschaftung der Gasspeicher zwar extrem teuer werden dürfte, dem aber kaum ein volkswirtschaftlicher Nutzen gegenübersteht.

Dies ist vor allem so, weil inzwischen durch die Verfügbarkeit von LNG-Terminals eine Einspeicherung viel weniger bedeutsam ist als in der Vergangenheit, um strikte Knappheiten zu vermeiden.

Eine strategische Gasreserve kann nur sinnvoll implementiert werden, wenn dafür *zusätzliche* Speicherkapazitäten geschaffen werden. Werden hingegen lediglich bestehende Speicher dem Markt entzogen und für staatliche Reserven reserviert, erhöht dies die Versorgungssicherheit kaum. Der verbleibende Markt würde sein Verhalten entsprechend anpassen und seine Speicherkapazität unter den neuen Bedingungen optimieren. In diesem Fall würde die staatliche Reserve weitgehend private Lagerhaltung ersetzen, ohne die insgesamt verfügbare Gasmenge im Krisenfall zu erhöhen.

29 <https://www.bundesfinanzministerium.de/Content/DE/Downloads/Ministerium/Wissenschaftlicher-Beirat/Gutachten/uebergewinnsteuer.html>.

Die Errichtung zusätzlicher Speicher dauert typischerweise bei Kavernenspeichern fünf bis zehn Jahre, bei Porenspeichern vier bis acht Jahre. Es ist jedoch sehr fraglich, ob zusätzliche Speicherkapazitäten sinnvoll sind. Deutschland besitzt mit rund 24 Milliarden m³ Speicherkapazität bereits eine der größten Gasspeicher-Infrastrukturen Europas. In der gesamten EU ist die gesamte Speicherkapazität rund 100 Milliarden m³.

3.1.3 Gasförderung

Eine Möglichkeit wäre es, die Gas-Extraktion etwa durch Fracking zu erlauben und ernsthaft zu prüfen, um die Abhängigkeit von ausländischen Lieferanten zu reduzieren. Ein geeigneter ordnungsrechtlicher Rahmen könnte dabei dazu beitragen, potenzielle ökologische Risiken zu begrenzen und klare Anforderungen an Umwelt- und Sicherheitsstandards zu definieren. Vor dem Hintergrund der aktuellen Diskussionen über strategische Autonomie, Versorgungssicherheit und wirtschaftliche Resilienz erscheint eine ergebnisoffene Bewertung dieser Option sinnvoll. Zudem sollte berücksichtigt werden, dass ein vollständiger Verzicht auf inländische Förderung bei gleichzeitigem Import entsprechender Energieträger aus ethischer Perspektive Fragen der globalen Verteilung von ökonomischen Vorteilen und ökologischen Risiken aufwirft.

Eine Prüfung dieser Möglichkeiten kann bereits auf folgende Vorarbeiten zurückgreifen. So hat die Bundesanstalt für Rohstoffe und Geowissenschaften (2016) in ihrem Bericht zu den Potenzialen für Schieferöl und Schiefergas in Deutschland sowie zu den Umweltaspekten ausführlich Stellung genommen. Einerseits deckt die konventionelle Förderung weniger als 10 Prozent des Verbrauchs ab und dürfte rückläufig bleiben. Andererseits bietet Fracking von Schiefergas die Möglichkeit, die Abhängigkeit von Importen zu reduzieren. Es wäre förderbares Gas in dichten Tongesteinen (tiefer als 1000 m) zwischen 320 bcm und 2030 bcm (durchschnittlich 800 bcm) vorhanden. Zum Vergleich: Der Import von Flüssiggas aus den USA über die deutschen LNG-Terminals im Jahr 2025 belief sich auf etwa 11 bcm.

Zudem verwies die Expertenkommission Fracking des Deutschen Bundestages (2021) in ihrem Bericht darauf, dass Studien zeigen, dass sich Umweltrisiken von Fracking (Grundwasser, Seismische Aktivität, Emissionen) durch angepasste Steuerung und Überwachung ganz erheblich reduzieren lassen.

3.1.4 Gasbeschaffung

Europa und insbesondere Deutschland sollten ihre Absicherung durch langfristige Gaslieferverträge ausbauen. Derzeit erschwert die Ausgestaltung der europäischen und nationalen Klimaziele häufig den Abschluss von Verträgen mit ausreichend langen Laufzeiten. Dies ist problematisch, da solche Vereinbarungen für Investitionen in Förder- und LNG-Infrastruktur auf der Anbieterseite meist Voraussetzung sind. Dies kann dazu führen, dass Europa in Krisensituationen stärker auf kurzfristige Spotmärkte angewiesen ist und damit höheren Preis- und Versorgungsrisiken ausgesetzt bleibt. Anpassungen im regulatorischen Rahmen sollten daher dazu beitragen, Versorgungssicherheit und Preisstabilität zu erhöhen.

Dies kann durchaus geschehen, ohne die langfristigen Dekarbonisierungsziele zu untergraben. Im Gegenteil könnten die Gasmengen sogar einen Beitrag dazu leisten, der Industrie leistbare Transformationspfade zu ermöglichen. So könnten gesicherte Gasmengen im Übergang der Transformation eine Rolle spielen, etwa wenn sie in Verbindung mit Carbon Capture and Storage (CCS) genutzt werden und Unternehmen zusätzliche kosteneffiziente Optionen zur Reduktion ihres CO₂-Fußabdrucks eröffnen. Eine stärker strategisch ausgerichtete Beschaffung könnte damit sowohl die Resilienz des Energiesystems in künftigen Krisen erhöhen als auch die Transformation der Industrie unterstützen.

3.1.5 Den Emissionshandel nicht schwächen

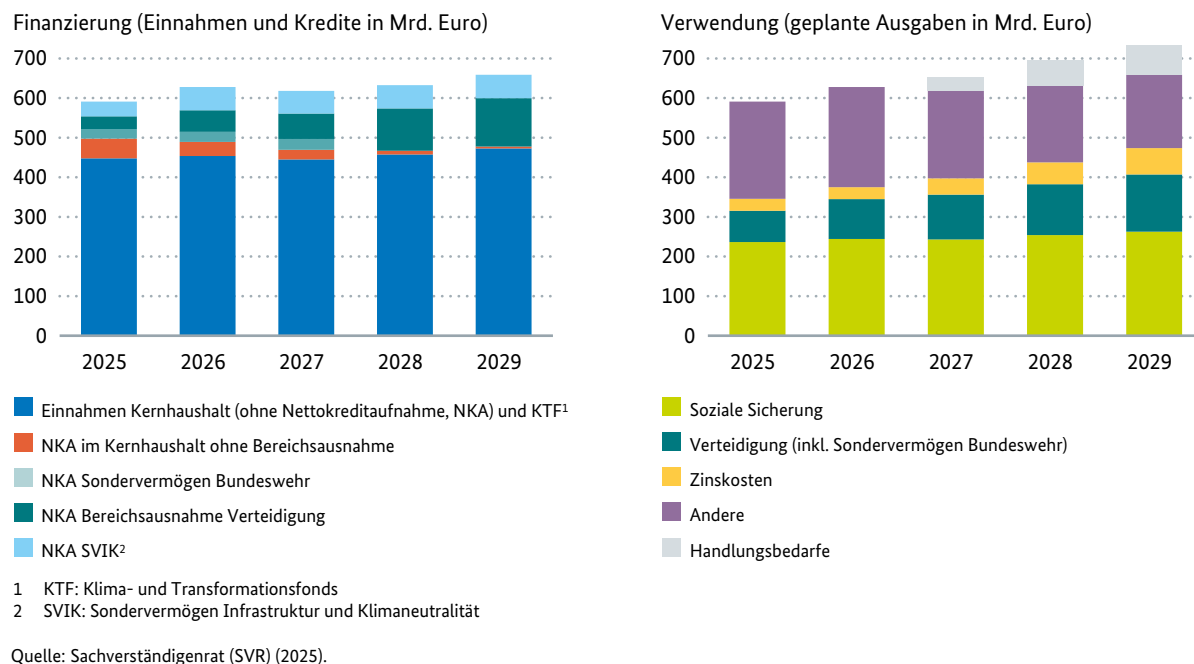
Die aktuelle geopolitische Krise sollte nicht als Anlass dienen, das zentrale klimapolitische Instrument der Europäischen Union, den Emissionshandel (EU ETS), zu schwächen oder auszusetzen. Im Gegenteil zeigt die Situation, wie wichtig stabile und verlässliche Rahmenbedingungen für Investitionen in Energieeffizienz, erneuerbare Energien und klimafreundliche Technologien sind. Der EU-Emissionshandel hat sich als zentrales Instrument zur kosteneffizienten Reduktion von Treibhausgasemissionen etabliert und setzt zugleich langfristige Preissignale für Dekarbonisierung und Innovation (SVR 2019). Gerade in Zeiten geopolitischer Unsicherheit und volatiler Energiepreise kann ein funktionierender CO₂-Preis dazu beitragen, die Abhängigkeit von fossilen Energieträgern zu verringern und die strategische Energieautonomie Europas zu stärken. Anstatt das System kurzfristig zu lockern, sollte die EU daher den Emissionshandel gemeinsam mit internationalen Partnern weiterentwickeln und perspektivisch stärker mit anderen CO₂-Preissystemen verknüpfen, etwa im Rahmen von Klimaclubs oder durch kompatible Marktmechanismen (Grimm et al. 2025; Gollier et al. 2026). Die Erfolgchancen einer solchen Strategie sind in der jüngeren Vergangenheit gewachsen, da immer mehr Staaten Emissionshandelssysteme oder eine CO₂-Bepreisung implementiert haben.³⁰ Eine solche Kooperation kann Wettbewerbsverzerrungen reduzieren, globale Emissionsminderungen fördern und gleichzeitig die Stabilität internationaler Energie- und Klimapolitik in einer zunehmend fragmentierten Weltordnung stärken.

3.2 Fiskalische Spielräume verantwortungsvoll nutzen

Zweitens dürfen fiskalische Spielräume nicht in gleicher Weise überdehnt werden wie in den vergangenen Ausnahmephasen. Die finanziellen Puffer sind heute deutlich geringer. Die mittelfristige Finanzplanung des Bundes einschließlich seiner wichtigsten Sondervermögen zeigt, dass ein stetig wachsender Anteil der Ausgaben über neue Schulden finanziert wird – 2029 sind es bereits 28,2 Prozent des Gesamtbudgets. Die geplante Kreditaufnahme beträgt in den Jahren 2025 bis 2029 insgesamt 851,1 Milliarden Euro, wovon 650,5 Milliarden Euro allein auf das Sondervermögen Investitionen und Klimaschutz (SVIK) sowie auf die Bereichsausnahme Verteidigung entfallen.

30 <https://ppp.worldbank.org/library/carbon-pricing-dashboard>.

Abbildung 13: Finanzplanung der Bundesregierung



Trotz der umfangreichen zusätzlichen Verschuldung und der indirekten Verwendung der zusätzlichen Mittel zur Finanzierung von konsumtiven Ausgaben gibt es zudem immer noch Lücken im Bundeshaushalt. So sind für die Jahre 2027 bis 2029 erhebliche Handlungsbedarfe von 34 bis 74 Milliarden Euro in der Finanzplanung enthalten.

Staatliche Maßnahmen müssen daher zielgerichtet, befristet und finanzpolitisch tragfähig ausgestaltet werden, um die Stabilität der öffentlichen Haushalte nicht zusätzlich zu gefährden.

In der aktuellen Situation gibt es derzeit keinen Grund für besondere Subventionen. Die Situation ist bisher nicht vergleichbar mit dem extremen Knappheitszenario von 2022 aufgrund der großen Abhängigkeit von Russland.

3.3 Internationale Auswirkungen der Krisenmaßnahmen bedenken

Drittens sollte Europa die internationale Dimension stärker berücksichtigen. Während der letzten Energiekrise wurden LNG-Ströme durch hohe Zahlungsbereitschaft nach Europa umgelenkt – mit spürbaren Belastungen für Schwellen- und Entwicklungsländer. Für eine langfristige Stabilisierung partnerschaftlicher Beziehungen mit aufstrebenden Ländern des globalen Südens, womöglich aber auch innerhalb der EU, würde dies Risiken bergen.

3.4 Herausforderungen für die Geldpolitik beachten

Viertens entsteht für die Geldpolitik erneut ein anspruchsvolles Spannungsfeld. Steigende Energie- und Transportkosten könnten die Inflation erhöhen und Zweitrundeneffekte auslösen. Grundsätzlich kann die Geldpolitik mit den Konsequenzen für Inflation umgehen. Allerdings kann die wirksame Begrenzung inflationärer Effekte eine Erhöhung der Notenbankzinsen erforderlich machen, und zwar in einem Umfeld, in dem auch die wirtschaftliche Aktivität und Beschäftigung unter Druck ist. Hier ist eine Abwägung erforderlich.

Insbesondere gilt es zu verhindern, dass es zu einem anhaltenden Anstieg der Inflation kommt, der sich verfestigt und zu anhaltend höheren Inflationserwartungen führt. Dabei spielen die Erfahrungen in den Jahren 2021 bis 2023 eine wichtige Rolle. Damals hat die EZB auf den Inflationsschub, der nach der Corona-Krise 2021 begann und im Zuge des Anstiegs der Energiepreise 2022 schnell an Fahrt aufnahm, zu spät reagiert. Eine solche verzögerte Reaktion gilt es in der aktuellen Situation zu vermeiden. Allerdings bedeutet dies nicht, dass die EZB direkt und umgehend auf den Anstieg der Energiepreise oder den Anstieg des Gesamtindex der Verbraucherpreise, der dadurch ausgelöst wird, reagieren sollte.

Stattdessen sollte die Geldpolitik dann gestrafft werden, wenn sich ein nennenswerter Anstieg der Kerninflation abzeichnet. Ebenso wäre es ein wichtiges Signal für eine geldpolitische Straffung, wenn Zweitrundeneffekte die inländische Inflation gemessen am BIP-Deflator, der Investitionsgüter und staatliche Dienstleistungen mitberücksichtigt, signifikant erhöhen. Eine Erhöhung der Notenbankzinsen sollte absehbar ausreichend hoch sein, sodass auch die reale Verzinsung steigt (Taylor-Prinzip, siehe u. a. Tatar und Wieland 2025, Hegemann und Wieland 2026), um den Anstieg der Inflation zu begrenzen.

3.5 Wachstumsagenda konsequent verfolgen

Fünftens darf der Blick nicht allein auf kurzfristiges Krisenmanagement verengt werden. Die aktuelle Eskalation birgt erhebliche Risiken, eröffnet jedoch auch geopolitische Handlungsspielräume. Gelingt es Europa, kurzfristige ökonomische Schocks abzufedern und zugleich internationale Kooperationen strategisch auszubauen, könnte aus einer Phase erhöhter Unsicherheit langfristig eine stabilere – weil machtpolitisch ausgewogenere – Ordnung hervorgehen. In den kommenden Monaten sollte daher die strategische Handlungsfähigkeit im Fokus bleiben.

Was dringend geboten ist: Das Reformtempo in Berlin und Brüssel muss angesichts der neuen Krise beschleunigt werden – nicht um konjunkturelle Strohfeuer zu entfachen, sondern um die langfristige Wachstumsdynamik zu stärken. Auch Steuersenkungen müssen erwogen werden, gerade ein Vorziehen der Körperschaftsteuersenkung ist geboten.

3.6 Rüstungsproduktion an die aktuelle sicherheitspolitische Lage anpassen

Die aktuelle militärische Eskalation im Nahen Osten macht es notwendig, die Rüstungsproduktion noch schneller und stärker auf die veränderte sicherheitspolitische Lage auszurichten. Produktionskapazitäten sollten gezielt auf identifizierte Fähigkeitslücken und kurzfristige Bedarfe ausgerichtet werden. Dabei ist zu berücksichtigen, dass im Zuge des Konfliktes

Fähigkeitslücken entstehen können, die schnell geschlossen werden müssen – entweder direkt im Nahen Osten oder indirekt etwa in der Ukraine. Es ist eine enge Kooperation mit technologisch führenden Partnern – insbesondere in den USA, Israel und der Ukraine – von zentraler Bedeutung, um Innovationszyklen zu verkürzen und Produktionskapazitäten rasch auszuweiten. Es muss unbedingt gewährleistet bleiben, dass die fortlaufende Unterstützung der Ukraine nicht durch neue Engpässe bei kritischen Rüstungsgütern beeinträchtigt wird. Vor diesem Hintergrund erscheint auch eine Überprüfung bestehender Exportkontrollregeln sinnvoll, um mögliche Hemmnisse für industrielle Kooperationen und gemeinsame Produktionsvorhaben mit zentralen Partnerstaaten zu reduzieren.

4. Langfristige Auswirkungen

Der Konflikt betrifft nicht nur die Sicherheitsordnung im Nahen Osten, sondern berührt das globale Machtgefüge. Schon jetzt vergrößern die hohen Öl- und Gaspreise Russlands fiskalischen Spielraum, den Krieg in der Ukraine noch weiter zu intensivieren.

Westlichen Einschätzungen zufolge stand Teheran kurz vor der Fähigkeit, waffenfähiges Nuklearmaterial herzustellen. In Verbindung mit Irans regionaler Machtprojektion und der Unterstützung bewaffneter Proxys wie Hisbollah, Hamas oder Milizen im Irak und im Jemen würde eine nukleare Bewaffnung für Israel eine existenzielle Bedrohung darstellen, für die Region ein erhebliches Eskalationspotenzial.

Hinzu kommt die breitere geopolitische Konstellation. In den vergangenen Jahren hat sich die strategische Annäherung zwischen Iran, Russland, China und Nordkorea vertieft. Eine solche Verdichtung eurasischer Machtzentren wurde bereits in den 1990er Jahren von Zbigniew Brzezinski als potenziell destabilisierend für die globale Machtbalance beschrieben (Brzezinski 1997). Eine nuklear bewaffnete Einbindung Irans in dieses Gefüge würde ein solches strategisches Ungleichgewicht verfestigen.

Die enge Kooperation zwischen China und Iran dürfte das geopolitische Machtgefüge auf unterschiedlichen Wegen beeinflusst haben. So erhält China Berichten zufolge 90 Prozent der iranischen Rohölexporte deutlich unterhalb des Marktpreises.³¹ Die resultierenden komparativen Vorteile bei der Energieversorgung könnten auch Auswirkungen auf den Technologiewettbewerb zwischen den USA und China haben.

Die Angriffe der vom Iran unterstützten Huthi-Milizen auf Handelsschiffe im Roten Meer ab Ende 2023 führten zudem zu massiven Störungen im Welthandel, darunter für einige Monate im Jahr 2024 zu einem Einbruch des Containerverkehrs um rund 90 Prozent und erheblichen Mehrkosten durch Umleitungen über das Kap der Guten Hoffnung.³² Die militärische Absicherung der Schifffahrt lag vor allem bei den USA, die dafür erhebliche militärische Ressourcen einsetzen

31 <https://www.reuters.com/business/energy/chinas-heavy-reliance-iranian-oil-imports-2026-01-13>.
<https://www.zinebriboua.com/p/the-iran-question-is-all-about-china>.
<https://www.cNBC.com/2025/06/27/china-us-sanctions-shadow-fleet-top-iranian-oil-buyer-trade.html>.
<https://www.gisreportsonline.com/r/iran-oil-market-influence>.

32 <https://www.bloomberg.com/news/articles/2024-06-13/houthi-attacks-on-red-sea-disrupt-global-trade-us-spies-say>.

mussten,³³ während China kaum aktiv eingriff.³⁴ Diese Dynamik verdeutlicht, wie iranische Stellvertreterakteure geopolitische Spannungen ausweiten und gleichzeitig strategische Kosten für die Vereinigten Staaten erzeugen können. Europa hat in dieser Situation von der Absicherung durch die USA profitiert.

Ob die aktuelle Eskalation langfristig stabilisierend wirkt oder neue Instabilität erzeugt, bleibt offen. Eine Eindämmung regionaler Stellvertreterkonflikte könnte sicherheitspolitische Entlastung und wirtschaftliche Entwicklungschancen eröffnen. Zudem könnte ein veränderter strategischer Druck im Inneren Irans Anpassungsprozesse anstoßen. Ebenso möglich sind jedoch Ausweitung, Fragmentierung und anhaltende Unsicherheit. Sicher ist nur: Die geopolitische Volatilität wird zunächst hoch bleiben.

Sollte es im Iran zu einem politischen Wandel und in diesem Zuge zu einer schrittweisen Aufhebung der Sanktionen kommen, könnte dies auch für die deutsche und die europäische Wirtschaft beträchtliche Chancen eröffnen. Über viele Jahre war das Land kaum in internationale Lieferketten integriert (Bodenschatz und Flach 2026). Entsprechend groß ist der Investitionsbedarf in Infrastruktur, Industrie und Energie. Gerade Anbieter von Investitionsgütern – etwa im Maschinen- und Anlagenbau – könnten vom Aufbau eines neuen Kapitalstocks profitieren. Analysen deuten darauf hin, dass in einem solchen positiven politischen Szenario die Wachstumsimpulse für Deutschland durchaus in einer Größenordnung liegen könnten, die mit den Effekten großer Handelsabkommen wie dem Mercosur vergleichbar oder sogar größer ist. Gleichzeitig könnte eine stärkere Integration Irans in die Weltwirtschaft – ähnlich wie eine Ausweitung der Ölproduktion in Ländern wie Venezuela – das globale Energieangebot erhöhen und damit mittelfristig die Energiepreise dämpfen (Ghodsai et al. 2026).

33 <https://maritime-executive.com/article/fight-with-houthis-left-a-dent-in-u-s-navy-s-weapons-inventory>.

34 <https://www.inss.org.il/publication/china-houthi>.

Referenzen

ACER (2025): *Analysis of the European LNG Market Developments*. European Union Agency for the Cooperation of Energy Regulators (ACER), Ljubljana. <https://www.acer.europa.eu/sites/default/files/documents/Publications/ACER-LNG-Monitoring-Report-2025.pdf>

Bodenschatz, P.; Flach, L. (2026): *The Role of the Strait of Hormuz for Germany and the EU*. CESifo EconPol Policy Brief 81. https://www.ifo.de/DocDL/EconPol_PolicyBrief_81.pdf

Brzezinski, Z. (1997): *The Grand Chessboard: American Primacy and Its Geostrategic Imperatives*. New York: Basic Books.

Bundesanstalt für Rohstoffe und Geowissenschaften (2016): *Schieferöl und Schiefergas in Deutschland: Potenziale und Umweltaspekte*. Hannover, Januar 2016. https://www.bgr.bund.de/DE/Themen/Rohstoffe/Downloads/Downloads_EN/Abschlussbericht_13MB_Schieferoelgaspotenzial_Deutschland_2016.pdf

Bundeskartellamt (2025): *Sektoruntersuchung Raffinerien und Kraftstoffgroßhandel. Abschlussbericht*, Az. V-27/23, Februar 2025. https://www.bundeskartellamt.de/SharedDocs/Publikation/DE/Sektoruntersuchungen/Sektoruntersuchung_Raffinerien_Abschlussbericht.html

Bundesministerium der Finanzen (Berlin, August 2022): *Übergewinnsteuer – Gutachten des Wissenschaftlichen Beirats beim Bundesministerium der Finanzen*. <https://www.bundesfinanzministerium.de/Content/DE/Downloads/Ministerium/Wissenschaftlicher-Beirat/Gutachten/uebergewinnsteuer.html>

Byrne, D. P.; de Roos, N. (2019): *Learning to Coordinate: A Study in Retail Gasoline*. *American Economic Review*, 109 (2), 591–619.

Casagrande, S.; Dallago, B. (2025): *The Economic and Geostrategic Role of LNG in EU Energy Transition*, *Structural Change and Economic Dynamics*, 74, 387–404.

Debele Negewo, B.; Ward, C. S. (2019): *The Role of Desalination in an Increasingly Water-Scarce World: Technical Paper*. Washington, D.C.: World Bank Group. <http://documents.worldbank.org/curated/en/476041552622967264>

Expertenkommission des Deutschen Bundestages (2021): *Bericht der Expertenkommission Fracking*. Berlin, Juli 2021. <https://dserver.bundestag.de/btd/19/314/1931490.pdf>

Farhang-Damghani, N.; Grimm, V.; Niazmand, K. (Berlin, Juli 2021): *Pathways for Low-Emission Hydrogen Supply to Europe: Modeling and Case Studies*. <https://ssrn.com/abstract=5616550>

Ghodsi, M.; Felbermayr, G.; Kariem, H.; Stehrer, R.; Yotov, Y. V. (2026): *Economic Implications for Europe of a Potential Reintegration of Iran into the World Economy*. wiiw Research Report No. 481, Vienna Institute for International Economic Studies (wiiw), Wien. <https://wiiw.ac.at/economic-implications-for-europe-of-a-potential-reintegration-of-iran-into-the-world-economy-dlp-7526.pdf>

Gollier, C.; Ockenfels, A.; Wolfram, C. (2026): *Europas klimapolitisches Dilemma*. FAZ, 9.3.2026.

Grimm, V.; Sölch, C.; Wirth, J. (2025): *Wachstum und Klimaschutz vereinen*.

Studie im Auftrag der Konrad-Adenauer-Stiftung, Berlin.

<https://www.kas.de/de/einzeltitel/-/content/wachstum-und-klimaschutz-vereinen>

Hegemann, H. (2026): *Energy Price Shocks and Inflation in the Euro Area*.

Working Paper 231, IMFS, Goethe University Frankfurt.

<https://www.imfs-frankfurt.de/forschung/imfs-working-papers>

Hegemann, H.; Wieland, V. (2026a): *Scenarios Concerning the Possible Consequences of the Iran War for Euro Area Inflation*, IMFS Working Paper 233, IMFS, Goethe University Frankfurt.

https://www.imfs-frankfurt.de/fileadmin/research/working_papers/imfs_wp_233.pdf

Hegemann, H.; Wieland, V. (2026b): *Price Stability & Risks – Benign Outlook vs Potential Concerns*.

Study Requested by the ECON Committee of the European Parliament, Monetary Dialogue

Papers, 23 February 2026. [https://www.europarl.europa.eu/RegData/etudes/STUD/2026/779875/ECTI_STU\(2026\)779875_EN.pdf](https://www.europarl.europa.eu/RegData/etudes/STUD/2026/779875/ECTI_STU(2026)779875_EN.pdf)

International Gas Union (IGU) (2023): *Wholesale Gas Price Survey 2023 Edition:*

A Global Review of Price Formation Mechanisms. London: International Gas Union.

<https://timera-energy.com/blog/lng-contract-value-swinging-with-gas-oil-markets>

Qatar Energy (2025): *Qatar Energy Declares Force Majeure*.

<https://www.qatarenergy.qa/en/MediaCenter/Pages/newsdetails.aspx?ItemId=3894>

Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung (2019):

Aufbruch zu einer neuen Klimapolitik: Sondergutachten Juli 2019. Wiesbaden.

<https://www.sachverstaendigenrat-wirtschaft.de/sondergutachten-2019.html>

Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung (2025):

Perspektiven für morgen schaffen – Chancen nicht verspielen. Jahresgutachten 2025/26. Wiesbaden.

<https://www.sachverstaendigenrat-wirtschaft.de/jahresgutachten-2025.html>

Tatar, B.; Wieland, V. (2025): *Policy Rules and the Inflation Surge: The Case of the ECB*.

Economics Letters, 252, Artikel 112338.

<https://www.sciencedirect.com/science/article/pii/S0165176525001752>

U.S. Energy Information Administration (2025): *Today in Energy – Article*.

<https://www.eia.gov/todayinenergy/detail.php?id=65584>

U.S. Energy Information Administration (2025): *Today in Energy – Article*.

<https://www.eia.gov/todayinenergy/detail.php?id=65504>

Zhang, L.; Yang, D.; Wu, S.; Luo, M. (2023): *Revisiting the Pricing Benchmarks for Asian LNG – An Equilibrium Analysis*. Energy, 262, Artikel 125426.

<https://doi.org/10.1016/j.energy.2022.125426>

LEF POLICY PAPERS



Ludwig-Erhard-Forum für Wirtschaft und Gesellschaft · Oranienburger Straße 4-5 · 10178 Berlin
forum@ludwig-erhard-stiftung.de · Leitung: Prof. Dr. Stefan Kolev